



Erklärung des Rechtsbankrotts

Der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Der Eidgenössischen Bundesverwaltung (EBV), Das Bundesamt für Gesundheit (BAG), Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI), Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

Die Rechtsvermutung und Fakten, welche zu widerlegenden sind:

Die vergangenen fast 3 Jahre haben den Status des Rechtsbankrotts belegt und den totalitären Anspruch der EBV und der kompletten öffentlichen Hand aufgezeigt. Dies kann nicht mehr mit Verschwörungstheorien abgetan werden, sondern es handelt sich um evidenzbasierte Fakten, welche nicht beiseite geschoben werden können. Getreu dem Motto „wir brauchen Wachstum“ wurden Menschenrechte und Gesetze missachtet und nicht zuletzt auf den Gebrauch des gesunden Menschenverstands verzichtet.

Punkt 1 Der Virusnachweis

Bis zum heutigen Tag ist das zum Lockdown und den Massnahmen führende Virus nicht nachgewiesen worden. Um das Virus zu finden wurden grosse Anstrengungen unternommen von insgesamt 15'000 Rechtsanwältinnen, Ärzten und wachen Menschen. Sogar eine Million Finderlohn wurde ausgesetzt ohne Erfolg. Das Labor in Wuhan und der führende Experte bestätigten folgendes (nicht im Wortlaut, um es zu begreifen): Das Virus wurde auf dem Computer mit Vermutungen berechnet. Dies zu etwa 1/3, der Rest wurde einfach erfunden! Es sind keinerlei evidenzbasierte Beweise zu erhalten. Es wurde nie ein Virus extrahiert und/oder nachgewiesen. Dies beweist zwar nicht, dass keine Viren existieren, jedoch hat die Menschheit noch nie eines gesehen. Das selbe bestätigt in der Zwischenzeit auch das RKI und stützt sich auf die zuerst getätigte, widerlegte Behauptung, dass das Virus bekannt und belegt sei. Das BAG und die Swissmedic sind nicht bereit zu diesem Umstand Stellung zu beziehen und verweisen auf diverse Labore, RKI, WHO etc., ohne dabei das Virus zu hinterfragen oder zu kennen. Bei allen möglichen beteiligten Firmen, Laboren und Staatsdiensten wurde versucht eine Probe zur Erforschung des Virus zu bestellen und auch hier wurde kein Virus geliefert, respektive es wurde bekannt gegeben, dass dies nicht möglich sei und kein Virus bekannt ist! Das würde auf ein Totalversagen des Staates deuten, wie dies auch durch Marcel Tanner bekanntgegeben wurde. Auch er kann keinen Nachweis liefern und verweigert zu diesem Thema das Gespräch. Der Verein Wir Menschen ist vor Bundesgericht mit über 10'000 Menschen, um die Coronapolitik und den Umstand, dass als Zentrum der sogenannten „Pandemie“ erklärte Virus „Sars-Cov-2“ bis heute nicht isoliert und biochemisch nachgewiesen werden konnte, offenzulegen. Zudem ist mit dem Verzicht auf Kontrollversuche der Nachweis als Krankheitserreger nicht erbracht, auch wenn man meint, auf dessen Isolation verzichten zu können. Dies ist nicht der Schutz der Bevölkerung, welchen sie braucht und bezahlt, sondern nur Wirtschaft und Marketing. Dass man damit langfristig bestehen kann ist offen zu bezweifeln.

Punkt 2 Maske

Es ist nun mit gesundem Menschenverstand zu analysieren, ob irgend ein Mensch einem anderen befehlen kann seine Gesundheit zu schädigen, indem man eine schädliche Gesichtshülle tragen muss, um sich vor dem Staat und dem Virus zu verstecken, respektive gesichtslos gegenüberzutreten. Die Maske hilft nicht gegen das Virus, sondern nur vor der Repression des „Staates“. Das Bundesgericht verweigert den Prozess zur Unwirksamkeit der Maske, weil dies bereits bekannt ist (diese Aussage des Bundesgerichts liegt schriftlich vor). Das ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und muss aufgearbeitet und bestraft werden. „Ich mach nur meinen Job“ ist dabei keine Entschuldigung für die Verweigerung das Hirn zu benutzen. Wie auch nach dem letzten Weltkrieg wird es auch nach diesem Krieg gegen die Menschheit mit Mauerschützenprozessen und Nürnberger Tribunal aufgearbeitet werden müssen.

Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der ihm und seiner Familie **Gesundheit** und Wohl gewährleistet, einschliesslich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das **Recht auf Sicherheit** im Falle von Arbeitslosigkeit, **Krankheit**, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Die Maske ist bei genauerer Betrachtung nur ein Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung. Wie auch der BR bekanntgab: die Maske erfüllt einen erzieherischen Zweck. So ist die Maske erwiesenermassen nicht zum Schutz der Gesundheit, sondern gegenteiliges. Seit 35 Jahren ist die toxische Wirkung der Gesichtsmasken bekannt und erforscht. So ist die Gesichtsmaske nicht wirksam gegen ein nicht bekanntes Virus. Dies klingt ja schon sehr paradox und wird durch den Umstand bekräftigt, dass das Virus nur 60 bis 160 nm gross sein soll. Die Maske würde maximal Schutz vor Staub bieten, welcher um die 10 µm gross ist. Technisch ist es somit unmöglich, dass ein vermutetes Virus in der Gesichtshülle hängen bleibt. Die Maske ist jedoch für andere Wirkungen bekannt. So vermindert sie die Sauerstoffzufuhr um mindestens 1/3, wobei dies nicht pauschal verwendet werden kann, sondern nur die untere minimale Reduktion darstellt. Trägt man wie durch die Medien und Politik verkündet eine doppelte Maskierung oder eine FFP-2-Maske, ist dieser Wert noch um ein Vielfaches höher. Es ist des weiteren bekannt, dass 98% aller Krankheiten auf die Sauerstoffunterversorgung im Organismus zurückzuführen sind. So ist ein wunderbarer Weg entstanden die Menschen nicht einfach umzubringen, sondern nur etwas zu schädigen, um der Pharma und Ärztelobby den Gewinn zu maximieren. Auch ist bewiesen, dass mit dem Tragen der Maske Mikroplastik in die Lunge gerät und da zu Schädigungen führt. Nicht zuletzt ist die Maske auch dafür verantwortlich, dass sich bei längerem Tragen Pilze in der Lunge bilden, welche zu sehr lang anhaltenden Krankheiten führen und somit gleich nochmals der Pharma und Ärztelobby dienlich sind.

Im Zuge der Massnahmen wurden sogar die Sicherheitshinweise auf den Maskenverpackungen/-gebrauchsanweisungen geändert und der Satz „schützt nicht vor Viren“ gelöscht. Im weiteren wurden alle Sicherheitsmassnahmen (FFP1-Maske maximal 3/4 Stunden tragen und ab 5 min negative Nebenwirkungen, doppelte und FFP2-Masken haben entsprechend noch schlechtere Werte) aus dem Internet gelöscht.

Die Einzelheiten zur Schädlichkeit der Maske sind hier nachzulesen:

<https://www.cell.com/action/showPdf?pii=S2405-8440%2823%2901324-5>

In der Schweiz gilt zudem seit der entsprechenden Volksabstimmung das Vermummungsverbot.

Punkt 3 Social Distancing

Im Zuge des Maskenwahns wurde seitens der Politik ein Social Distancing (soziale Distanzierung)-Marketing eingeführt. Die POLIZEI und Justiz setzten mittels Unterdrückung, Nötigung, Verfolgung, Nichtbeachtung der Schreiben und Gesetze und Drangsalierung diesen Wunsch um und zeigten an und bestrafte was das Zeug hält. Dies ohne irgendetwas zu hinterfragen, im Gehorsam dem Chef gegenüber und gänzlich ohne das Denkorgan zu benutzen, um sich zu informieren. Es wurde einfach die Maschinerie der Unterdrückung gestartet und das Volk vergewaltigt. „Gut gemacht“!

Die soziale Komponente ist jedoch ein wesentlicher Bestandteil des Menschen und darf nicht durch fragwürdige Massnahmen eingeschränkt werden.

Es sind an dieser Stelle nicht nur die Menschenrechte zu sozialer Einheit zu zitieren, sondern auch die BV kann hier mit dem Art 41 verwendet werden:

1 Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass:

a. jede Person an der sozialen Sicherheit teilhat;

Dieser Punkt zeigt genau genommen auf wie unfassbar dreist die Drahtzieher agieren und wie unglaublich menschenverachtend die POLIZEI geworden ist. Sich „staatlich“ verordnet asozial zu verhalten ist nicht in der

Kompetenz derjenigen, welche die Marketingmassnahmen „legalisiert“ haben. Das komplette „Massnahmenpaket“ dient nur und ausschliesslich zur Installation des Totalitarismus, ohne dass die Möglichkeit besteht sich dagegen zur Wehr zu setzen. Versammlungsverbot, Schulschliessungen, Alters-Pflegeheim-Schliessungen etc. wären ohne die Schergen der unterdrückenden POLIZEI nie möglich gewesen!

Das ist ein vorsätzliches Verbrechen, welches nicht versichert werden kann!

Es ist in der Sache von nicht denkenden Entitäten, Handlungen nicht zu hinterfragen und sich hinter der Aussage „ich mach nur meinen Job“ zu verstecken. Dies ist jedoch nicht legal und wie der Mauerschützenprozess aufgezeigt hat, werden am Ende alle geholt. Es ist nie zu spät den Denkapparat hochzufahren und jeder Mensch kann sich jeden Tag neu dazu entschliessen, sich neu auszurichten und sich dem menschlichen, barmherzigen Leben zuzuwenden.

Punkt 4 PCR-Test

Der zur Feststellung der Viren verwendete PCR-Test ist weder für diagnostische Zwecke zugelassen, noch dazu in der Lage ein Virus zu detektieren. Der Erfinder des Tests hat dies stets geäussert und würde sich wohl im Grabe umdrehen, wenn ihm bekannt wäre, was aus seiner Erfindung gemacht wurde. Dies wurde nicht nur ignoriert und missachtet, sondern aktiv mit Steuergeldern unterdrückt und aus der Debatte ausgeschlossen. So ist es nicht der Fall, dass die Fallzahlen korrekt sind, sondern es wird lediglich gezeigt, wie viele der Tests irgendetwas angezeigt haben. Es ist dabei nicht möglich eine Referenz auf ein Virus festzustellen, sondern nur ein Fall als solcher, wobei nicht genau bekannt ist, was der Test anzeigt. Die Fallzahlen entsprechen somit nicht den Ansteckungen mit einem vermuteten Virus.

Gemäss Anwenderlisting ist die Durchführung des nasalen Abstrichs ausschliesslich Hals- Nasen-Ohrenspezialisten mir ärztlicher Ausbildung vorbehalten. Dies ist aufgrund der Gefährlichkeit der Methode beim Nasenabstrich erforderlich, da es ein schmerzhafter, invasiver Eingriff ist, welcher Schäden an den Schleimhäuten hinterlässt. Dieser Umstand wurde komplett missachtet und jeder temporäre Angestellte (nicht Ausgebildete) durfte diesen ärztlichen Eingriff auf einmal vornehmen. Dies ist ein weiterer unmenschlicher Zustand, welcher sich wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet hat. Mehr testen bedeutet mehr Fallzahlen und solange diese nicht passten, wurden die Zyklen des Tests so weit hochgefahren, dass die Tests sogar bei einer Mango einen positiven Fall generierten.

Dies nennt sich Hochverrat und keiner der Beteiligten kann nicht Wissen geltend machen, da mehr als 1'000 Schreiben verfasst wurden, Eingaben und Referenden eingingen. Das einzige was jetzt noch festgestellt werden kann, ist die Totalverweigerung den Menschen zu begleiten und zu schützen.

Punkt 5 COVID-Zertifikat

Durch den Umstand, dass kein Virus extrahiert wurde ist es mehr als fraglich, diese nicht nachgewiesene „Krankheit“ als Aufhänger für Massnahmen wie das Zertifikat einzuführen. Erstens ist dies nur Marketing und zweitens ist somit der Bruch des Vertrauens gewollt und erzwungen. So werden alle „Staatsbediensteten“ als Hochverräter enttarnt und es ist fraglich, wie dies die Bevölkerung aufnimmt und reagiert.

In der Geschichte der Menschheit ist es immer so gewesen, dass der Normalzustand gesund ist. Dies muss nicht bewiesen werden, da es sich um den natürlichen, sich in der schöpferischen Ordnung befindlichen Zustand handelt. Mit dem Hochfahren des Covid-Marketings wurde jedes erdenkliche Recht auf Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Freiheit abgeschafft und mit einem unwürdigen, nicht hilfreichen Zertifikat ersetzt. Die Freiheit und die Selbstbestimmung über seinen Körper wurden mit illegalen Massnahmen abgeschafft. Es ist niemandem erlaubt sich über jemand anderen zu erheben, es ist nicht erlaubt Pauschalvermutungen aufzustellen, dass alle krank sind und die Gesundheit mit dem fragwürdigen Test zu belegen hatten/haben. Es ist der einfachste Weg in den Augen der Verursacher und Unterdrücker, jedoch hat dies nichts mit evidenzbasiert zu tun, geschweige denn mit der Realität. Es ist immer noch kein Gesetz vorhanden, welches einen Menschen dazu nötigt, ein mobile Device zu besitzen, weder für das Zertifikat noch als gesetzliches Kommunikationsmedium. Auch ist kein Gesetz vorhanden, welches sagt, dass man sich nicht anstecken darf oder dass man entsozialisiert wird bei nicht dem Optimum entsprechenden

Gesundheitszustand. Sonst müssten alle öffentlich Bediensteten wegen Geisteskrankheit weggesperrt werden. Dies haben die letzten 3 Jahre aufgezeigt. Es ist ebenso nicht erlaubt Pauschalverdächtigungen aufzustellen, noch ist es erlaubt Pauschalbestrafungen zu tätigen. Beides wurde gemacht und alle Beteiligten schwelgen in der Dekadenz, dass sie nicht belangt werden, da ein Kollegialitätsprinzip als Lippenbekenntnis vorgeschoben wurde. Es ist jedoch so, dass sobald sich der erste Stein in Bewegung setzt die anderen mitgerissen werden und das Tribunal als einziger Ausweg noch funktionieren wird. Es ist bis zum heutigen Tage keine Versicherung zu diesem Zertifikat aufgetaucht (dies ist nachzuholen) und es wurde nur auf Marketingstudien von Pharma und WHO geschaut. Beides sind private, gewinnorientierte Unternehmen und haben dem Staat keine Rechenschaft abzulegen. Somit ist die Haftung bei denjenigen, welche die Massnahmen ausgearbeitet, angeordnet und durchgezogen haben. Aktuell ist es sogar so, dass die Massnahmen verlängert werden, um die perfekte Aberntung der Menschen aufrecht zu erhalten, obschon wir wissen, dass die Massnahmen untauglich sind, die Schliessung der Heime, Schulen und des öffentlichen Lebens nichts gebracht haben ausser Angst und Trauer. Es wurde so viel Leid und Vernichtung von Existenzen verursacht, dass sich die POLITIK, POLIZEI und GERICHTE einer Neuausrichtung unterziehen und korrigierende Prozesse einführen müssen, um nicht irgendwann durch den Mob gerichtet zu werden. Abschliessend ist zu diesem Punkt nur noch zu sagen, dass die Unterdrückung, welche über das Zertifikat gelaufen ist, jeglichem gesunden Menschenverstand widerspricht und nur auf wirtschaftliche Zwangsmassnahmen begründet werden kann. Dies widerspricht in sich bereits den meisten Menschenrechten und disqualifiziert jegliche Verwaltung als Mandatinnhaber, die öffentliche Struktur und Regelung zu tätigen.

6. Das Impfverbrechen

Die Massnahmen, welche die EBV und das BAG laufen liessen, sind darauf ausgerichtet, dass alle Menschen der Meinung waren (und teils noch sind), dass die als Impfung getarnte Genmanipulation vor einem todbringenden Virus schütze. Die Aussagen des Bundesrats waren an Superlativen nicht mehr zu überbieten und endeten in Aussagen wie „die sicherste Impfung seit wir impfen“ „die Impfung ist ohne Nebenwirkungen“ „mit der Impfung ist man nicht mehr ansteckend“ etc... Alles gelogen und das Gegenteil ist bereits bewiesen und fundiert, evidenzbasiert belegt. Diesen Umstand ignoriert die öffentliche Hand und die die Massen unterdrückenden Massnahmen werden aufrecht erhalten. Es ist bereits bewiesen, dass die Genmanipulation mehr „Impftote“ erzeugte wie alle Impfungen, welche bis jetzt auf dem Markt sind zusammen. Vor fast genau drei Jahren wurde in der Schweiz der Lockdown ausgerufen – Zeit für eine Zwischenbilanz: 16'400 Menschen über 65 Jahren sind seit 2020 mehr gestorben als zu erwarten gewesen wäre. Die meisten starben an den Nebenwirkungen der Impfung. Auch dieser Umstand wird durch die EBV betrügerisch verwendet und die Statistik zu den Nebenwirkungen und den Toten darf nicht erhoben werden. Zuerst ist jeder Tote ein Coronatoter und jetzt ist keiner mehr sterbend im Zusammenhang mit Corona? Keine Möglichkeit die Impftoten zu erfassen und auszuwerten ist gleichzeitig das ja zum Verbrechen, weil es so nicht aufgearbeitet und geheilt werden kann. Es ist somit kein Fortschritt in der Heilung der angeblichen Krankheit zu erwarten. Auch in das selbe Horn bläst die internationale Organisation namens WHO. Es ist bekannt, dass diese Organisation, welche von einem Kriegsverbrecher geführt wird, nicht die Gesundheit im Fokus hat, sondern die Unterdrückung der Menschheit mit einer Gesundheitsdiktatur. Siehe hierzu die neusten Änderungen in ihrem Statut. MENSCHENUNWÜRDIG und MENSCHENVERACHTEND! Das Schweizer Volk hat das aktuell verwendete Statut schon nicht ratifiziert und die Massnahmen entsprechen somit nicht den Vorgaben durch das Schweizer Volk! Es ist ein Wunsch der WHO, jedoch hat dies nichts mit dem übergeordneten Schweizer Recht zu tun, sondern nur mit einer Empfehlung.

Lex superior derogat legi inferiori - schon vergessen?

Weltweit sind sogenannte Standards zu medizinischen Abläufen in Verwendung, welche penibel eingehalten werden müssen, um ein Präparat auf den Markt zu bringen. Hierzu gehören zum Beispiel die Kochschen Postulate oder im Allgemeinen evidenzbasiertes Arbeiten. Ist ein Virus nicht nachgewiesen und somit unbekannt, kann nicht geforscht werden, um das unbekannte Virus zu eliminieren, inaktiv zu schalten oder wie behauptet wurde die Übertragung zu stoppen. Alles was geforscht wurde ist auf Annahmen und Spekulationen aufgebaut, in ein unverständliches Kauderwelsch verpackt und so den Fachspezialisten aus der Laienpolitik

zum Durchwinken zur Verfügung gestellt worden. Jeder normale Bürger mit gesundem Menschenverstand hätte sich geweigert dies zu tun!!! Lustig ist auch, dass wir wissen, welche Politiker sich Genththerapieren liessen. Auf jeden Fall sind Propagandatröten wie Nathalie Rickli und weitere ungeimpft...

Die als Impfung deklarierte Genththerapie muss nun doch noch durchleuchtet werden. So haben glücklicherweise die Eigner von BioNtec namens Uğur Şahin und Özlem Türeci das Buch Namens Projekt Lightspeed: Der Weg zum BioNTech-Impfstoff - und zu einer Medizin von morgen veröffentlicht, in dem jeder der des Lesens mächtig ist, nachlesen kann, wie in gaaanz grossen Stil betrogen wurde. So wurden nicht nur viele Richtlinien umgangen, sondern im Zulassungsprozess bereits in fortgeschrittenen Stadium noch etwas an der Zusammensetzung geändert, neue Stoffe zugegeben und auf die Zulassungsbeamten Druck ausgeübt. Es ist alles nachzulesen im erwähnten Buch. Auch wenn sich die Schreiberlinge einen Hype und ein gut gemacht erhofften, ist das Buch ein Geständnis sondergleichen.

Da die Swissmedic die Aufsicht hat über Zulassungen in der Schweiz ist zu vermuten, dass der Laden durch die Pharma gekauft ist und jene Druck macht, um möglichst schnell Profit erwirtschaften zu können. Die zur Zulassung verwendeten Dokumente wurden offenbar trotz diverser Briefe und Hinweise auf diesen Umstand ignoriert und die Zulassung erteilt. Dies ist ein illegaler Schritt, da zuerst vor einer Impfung alle normalen antiviralen Medikamente scheitern müssen, um überhaupt eine Impfung, respektive deren Zulassung zu beantragen. Dies wurde verweigert oder unterlassen und die Zulassung erteilt. Die Swissmedic hat sogar Naturheilpraktiker, welche antivirale Substanzen angewendet haben, mit der POLIZEI überfallen und alles inkl. Computer, Tinkturen, Bücher etc. beschlagnahmt und sie in den Konkurs getrieben. Verhandlungen zu diesem illegalen Handeln werden nicht aufgenommen! Die „Impfung“ hätte, solange Alternativen vorhanden sind, nicht zugelassen, nicht einmal angeschaut werden dürfen. Somit ist entweder jedes zugelassene antivirale Medikament Lug und Betrug und/oder die Zulassung der Injektion ist der Betrug. Entweder oder und die Oberaufsicht ist nicht eingeschritten.Moment - die haben wir in der Schweiz gar nicht... wir haben professionelle Zulasser und keine Aufsicht. Die Gerichte sehen sich ausser Stande zu verhandeln und die Staatsanwälte würden nie etwas gegen den „Staat“ unternehmen. Auch die Anzeigen wurden illegalerweise abgewiesen und nicht zur Aufarbeitung gebracht.

In seinem Urteil verkündete der US Supreme Court, dass die sogenannte Impfung keine Impfung ist, da die Merkmale einer Impfung nicht vorhanden sind und die aktuelle Substanz noch keinerlei Studien, Tests oder Beweise für die Unschädlichkeit geliefert hat, respektive Erfahrungen im Umgang mit RNA / DNS/A nicht vorhanden sind und somit nicht in den Umlauf gebracht werden dürfen. Das Urteil ist rechtsgültig.

Bei Untersuchungen beim Organismus der die Injektion erhalten habenden Menschen wurde in der Zwischenzeit sogar festgestellt, dass sich das Genom verändert hat und somit die Nürnberger Protokolle verletzt wurden. Die Injektion, welche somit einen Genozid auslösen kann, ist ganz klar eine Genmanipulation, welche nicht ohne das allumfassende Wissen dazu verabreicht werden darf. Bezüglich des Genozids wurde durch die EBV keinerlei zur Anwendung kommende Strategie präsentiert, falls die Injektion zu einem Genozid führt, respektive dies eine kriegerische Massenvernichtungswaffe ist. Es sind bis heute keine Pläne bekannt, welche angewendet werden können, falls es doch schief geht. Es ist absehbar, dass sich dann alle Luftpfeifen wieder wichtig machen und das nächste Verbrechen/Vertuschungsaktion starten. Ob dies die POLIZEI noch durchsetzen kann oder ob sie wie im Mittelalter durch die Dörfer getrieben wird, weil sie die lange Hand der Unterdrücker ist? Es wird sicher spannend für die Fixbesoldeten.

Was in der kompletten Diskussion auch verweigert wird ist der Umstand, dass die Obduktionen an Covid-Toten weltweit verboten wurde und so keine Erkenntnisse gewonnen werden können zum Verlauf und der Schädigung des Körpers. Diejenigen, welche trotzdem eine Obduktion durchgeführt haben, stellten fest, dass die Schäden im Körper sich mit Strahlungsschäden decken und nicht durch den Körper selbst veranlasst wurden. Dies bringt uns zu einem Thema, welches nicht erforscht werden darf: 5G. Wuhan wo das Virus offenbar zuerst ausbrach, ist die erste Smart City und die erste Stadt mit kompletter 5G-Abdeckung. Auch sind alle darauf folgenden Hotspots auf der Welt Städte, welche mit 5G aufgerüstet/übereüstet wurden. Legt man die Hotspot- und 5G-Maps übereinander ist dies erschreckend genau. Hier muss nach der Aussage des Bundes: „80% der Insekten sind in den letzten 20 Jahren verschwunden und die Mobilfunktechnik wurde als

Täter identifiziert“, Gehör geschenkt werden, weil dies ziemlich sicher das selbe Verbrechen ist und in die Analyse inkludiert gehört. Wir verursachen langfristige Schäden und haben noch nicht einmal mit dem Diskurs begonnen, weil sich der „Staat“ uneinsichtig zeigt.

Was hat der „Staat“ und die gleichgeschalteten Medien getan um die Bevölkerung zu schützen und zu informieren? Sie haben den Beruf des Faktencheckers erschaffen. So ist es heute möglich, dass ein temporärer Mitarbeiter Studien und Äusserungen von Fachärzten zensuriert, ohne die medizinische Ausbildung inne zu haben, dies auch tatsächlich beurteilen zu können. Er macht nur seinen Job. Das ist Stasi 2.0! Mit einem neuen Titel für einen Zensor ist der Prozess der Zensur trotzdem nicht legalisiert. Der unabhängige Journalismus ist in der Schweiz mit den perfidesten Mitteln unter Beschuss und wird mundtot gemacht oder gekauft. Dies ist zu unterlassen.

Punkt 7 Terrorismus der öffentlichen Hand

Mit der Covid-Verordnung ist ein gem. StGB Art 1 ein nicht bussefähiges Konstrukt dazu verwendet worden die Menschen mit fiesem Taschenspielertricks zu hintergehen und auszunehmen. Alle mussten investieren, umbauen, Homeoffice, Maskenwahn etc. über sich ergehen lassen, welcher nicht einem Gesetz entspricht. Die POLIZEI wurde als Hure des Systems auf die Strasse gestellt um anzuschaffen und dies wurde in blindem, vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Politik umgesetzt. Die POLIZEI bediente sich dabei terroristischen Mitteln um die Bevölkerung zum Gehorsam zu zwingen, wie der aktuelle Fall bestens aufzeigt. Sämtliche Rechtsmittel werden nur durch die POLIZEI und ihre Staatsfreunde missbräuchlich ausgelegt und den Menschen verweigert.

Punkt 8 Zu widerlegende Vermutung

- Da bis heute kein unterzeichnetes Covid Gesetz oder ähnliches aufgetaucht ist, muss davon ausgegangen werden, dass dieses Dokument nicht existiert. Das unterzeichnete Originalgesetz muss vorgelegt werden.
- Bis heute wurde das Virus nicht gefunden, respektive nachgewiesen. Dies ist nachzuholen.
- Bis heute wurde die Verhandlung zum PCR-Test verweigert. Dies ist nachzuholen.
- Bis heute wurden Bussen aufgrund der Verordnung ausgestellt und das rechtliche Gehör, die Rechtsmittelbelehrung und faire Prozesse verweigert. Dies ist aufzuarbeiten.
- Der Bundesrat hat gelogen und wurde nicht abgesetzt. Die Lügen kosteten und kosten Menschenleben, sind sofort aufzuarbeiten und der Strafe zuzuführen.
- Die Swissmedic hat gelogen, betrogen und vertuscht ohne Folgen. Die Zulassung und Vertuschung der Impfung ist aufzuarbeiten wie auch die Schliessungen von Naturheilpraxen.
- Die Schliessung von Alters- und Pflegeheimen, Schulen, Restaurants, und sogar SPITÄLERN muss aufgearbeitet werden. (Spitalschliessung während einer Pandemie ist ein Oxymoron!)
- Die Verweigerung des Diskurses und die Medienmanipulation sind aufzuarbeiten.
- Das Covid-Zertifikat, die Geldströme dazu und die Macher hinter der App, sowie die Datenanalyse/Datenfreigabe und deren Geldströme sind penibel aufzuarbeiten.
- Die Erfindung von 100 Mrd. Coronakredit muss aufgearbeitet werden.
- Etc. usw. usf.

Dies bedeutet in Summen, dass die EBV/EJPD/BAG-Mafia kein Dokument vorweisen kann, welches unterzeichnet und versichert ist und ihnen aktuell der Laden um die Ohren fliegt. Ohne unterzeichnetes Gesetz sind all die Bussforderungen nicht gedeckt, respektive nicht von der Versicherung gedeckt. Entweder muss die EBV und die anderen Mitglieder dies in Privathaftung übernehmen oder die Bussen werden aufbiegen und brechen vollstreckt. So kann ein Gericht kein unabhängiges Urteil fällen, weil die „Staatskasse“ nicht gedeckt ist und der Staatsanwalt dies übernehmen müsste. Pattsituation für die EJPD-Mafia, weil ja alle im selben „Departement“ sind. Dies zeigt den Rechtsbankrott und ohne Vorweisung des unterzeichneten Gesetzes und der Rückversicherung muss sofort das Verfahren gegen die Beteiligten wegen Hochverrat und

Genozid eingeleitet werden.

Ins selbe Horn bläst auch die too big to fail-Taktik. Diese ist nicht vom Volk gewünscht und nur ein weiterer Mechanismus um sagen zu können „ich mach nur meinen Job“. Die aktuelle Situation mit der CS und der UBS ist ein weiterer Schritt der Laienpolitik sich ins Rampenlicht zu stellen. Die Protagonisten haben keinen Plan und sind auch nach hunderten Schreiben absolut resistent gegen ein menschliches Miteinander. Der Plan ist sehr gefährlich, für die Schweiz nicht zu tragen und stellt die beste Möglichkeit dar, den weltweiten Finanzsektor mit dem Konkurs der UBS zu zerstören. Dies ist ein weiterer illegaler Schritt hin zur eine Weltregierung und der Vertuschung des Konkurses. Eine Bank, welche 132 Mrd. Verlust macht, stützt eine Bank, welche 7,3 Mrd. Verlust macht mit 50 Mrd. (1/3 der Jahressteuerabgaben), um diese für ein Sackgeld zu verkaufen. Zudem erhält die UBS noch ein 25 Mrd. Risikopolster (zusätzlich zur too big to fail-Klausel). Das ist ein riesen Verbrechen und nicht einmal der Verlust der SNB ist korrekt ausgewiesen. Der Verlust in Amerika beträgt fast 500 Mrd. und diese wurden durch Rücklagen aus der Schweiz kompensiert. Wir sprechen also nicht von einem Verlust von 132 Mrd., sondern der Verlust für die Schweiz liegt irgendwo bei 800 Mrd., weil die Schweizer Rückstellungen aufgewendet wurden, um die Verluste abzufedern. Dies zeigt ein weiteres Mal die Abwesenheit von Kompetenz und der grosse Wille lieber ein Verbrechen zu decken, als hin zu stehen für die Bürger und sich ins Zeug zu legen, dass die Enteignung nicht stattfindet.

Nur der Mensch kann auf seine Grundrechte verzichten, sie können nicht entzogen werden. Das ist einzuhalten! Das Recht nicht zu kennen und sich hinter „der Chef hat gesagt“ zu verstecken ist nicht mehr. Insbesondere auf den höchsten Etagen ist die Verweigerung der Realität und/oder der bewusste Betrug, sowie die Missachtung der Menschenrechte als Normalzustand zu erkennen und so können die Taten nicht mit einem „Versehen“ abgetan werden. Dafür haben diejenigen zu viele Berater und Geldmittel. Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen „Staates“. Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis zur Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger gegenüber im Rahmen der GESETZE verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.

Es kann also nur noch festgestellt werden, dass entweder die Beteiligten enorme Angst haben, sie bestochen/gekauft wurden und/oder es muss der Geisteszustand der Beteiligten ernsthaft hinterfragt werden, da es sich um eine psychische Störung handeln muss, wenn man so weit weg von Barmherzigkeit und Nächstenliebe ist. In jedem Fall leisten wir gerne Hilfe, sind jedoch nicht gewillt dieses Verbrechen mitzutragen und mitzufinanzieren.

Rechtsverbindliche Schlussbestimmungen

Bleiben die Fakten, Vermutungen und Behauptungen unwiderlegt und unbeantwortet, bedeutet dies automatisch die Innbesitznahme des Rechtsbankrotts und die Tatsache, dass eine Verwaltung der freien, beeideten Menschen nicht mehr möglich ist.

Die Maximalfrist zur Beantwortung ist 30 Tage nach dem Erhalt der Rechtsbankrotterklärung. Alle im Verbrechen Involvierten und im Besonderen die Direktkontakte agieren solange ausserhalb des Protokolls und sind in unlimitierter Privathaftung. Nach Ablauf dieser Frist ist die Beteiligung am aufgezeigten Verbrechen gegeben und die Beteiligung gilt als erwiesen. Die Activist NGO ist jederzeit bereit gegen einen Ausgleich die beratende Funktion auch den Staatsbediensteten zu gewähren. Jegliche weiteren nicht dem Inhalt dieses Instrumentes gewidmeten Sendungen sind ab sofort der Akt der erzwungenen Dienstbarkeit. Nur der Lösungsfindung dienliche Kontakte, respektive Schriftlichkeiten können noch berücksichtigt werden. Die Kündigung der Verwaltung und die diesem Schreiben zugrundeliegenden 134 Seiten müssen der Wahrheit entsprechend aufgearbeitet und die korrigierenden Prozesse auf den Weg gebracht werden.

Die AGHB der Activist NGO sind bekannt und aktiv in Verwendung. Der Bundesrat hat zudem das Sitzabkommen mit Activist akzeptiert und die neu überarbeiteten AGHB sind letztes Jahr eingereicht und akzeptiert worden.

Die Verwendung von A+ Sendungen ist strikte untersagt, so wie auch die Verwendung beschädigter Sendeurkunden und nicht versicherter Sendungen. Solche Schreiben werden nicht anhand genommen und sind somit gegenstandslos. Liegt ein nicht unterzeichnetes Schreiben vor oder einer der oben genannten Fälle trifft zu, treten automatisch die AGHB in Kraft und die Akzeptanz des Indossaments des Versenders zum Ausgleich in Privathaftung ist gegeben. Nur „gesetzliche“ Kommunikationsmittel sind erlaubt, Telefon, Hausbesuche, E-mail und offene Schreiben sind gem. AGHB pönalisiert. Der Rechtsbankrott ist nicht verhandelbar oder durch Marketing, Unterdrückung und/oder Lügen zurecht zu biegen und es ist nicht möglich diesen durch ignorieren aus der Welt zu schaffen.

Nach der 30-tägigen Frist kann der Rechtsbankrott nicht mehr widerlegt, respektive verhandelt werden und erhält gemäss der durch das EJPD und/oder internationale Recht in Verwendung gebrachte 30-Tage-Regel seinen Rechtsstatus. Die kompletten Dossiers welche am [27.01.2023] eingereicht wurden (Der implementierte Zins, Amtlicher Name (kollaterale Schreibweise) und Unterschrift, Rechtsstaatlichkeit / Völkerrechtssubjekt / Gesetze / Verordnungen, Souveränität und Macht, Gerichte, EJPD und Politik, Vorsorge, Big Data / Small Data / Künstliche Intelligenz) sind der Wahrheit verpflichtet aufzuarbeiten und der Straferteilung zu unterziehen, um die nächsten Dossiers (Geoingenieur, Energie, Naturzerstörung / Lebensmittel, etc.) zu erhalten und die rechtliche und reale Aufarbeitung weiter zu führen.

Es ist für einen normalen, denkenden Menschen nicht mehr nachvollziehbar, wie die Schweizer Demokratie in ein totalitäres System umgebaut wurde. Dies konnte nur durch die rückgratlosen Politiker mit Vertrauen darauf, dass sie ohnehin nicht belangt werden können, umgesetzt und mit dem EJPD installiert werden. Sich über andere Menschen zu erheben und es dabei noch so weit zu übertreiben, bis hin zur Genmanipulation und Inkaufnahme von Toten, wird sich naturgemäss ab einem gewissen Punkt in Frustration spontan entladen. Es darf niemals mehr so weit kommen und wir müssen am aktuellen Punkt den Diskurs starten, um für ALLE eine würdige Zukunft zu schaffen und der nächsten Generation einen „sauberen Laden“ und eine saubere Umwelt übergeben. Sobald der praktisch schon bewiesene, laufende Genozid bei der breiten Bevölkerung zur Realität wird, brauchen wir wohl diesen Verhandlungsprozess nicht mehr zu führen.

Diese Rechtsbankrotterklärung ist gültig im Kontakt mit allen Activist NGO-Mitgliedern und die Activist AGHB sind allgemein verbindlich. Die Datenverwaltung, Datenerhebung/Auswertung, Sammlung und Verwendung im Bezug mit und auf Activist-Mitglieder ist strikte verboten. Was die Schweizer Eidgenossenschaft mit ihren Mündeln anstellt ist nicht unsere Angelegenheit. Wir reichen die Hand in Frieden, um eine würdige Zukunft zu erschaffen, jedoch muss die Schweizer Eidgenossenschaft dies auch wollen und zu korrigierenden Prozessen bereit sein.

Vierundzwanzigster Tag des dritten Monats im Jahr zweitausenddreißig

Beste Grüsse

Urkundennummer: 621000.01133758 / 24.03.2023



Activist NGO, Industriestrasse [12], [6210] zu Sursee